



Medienkonferenz, 11. Mai 2011

Bern solar

Franziska Teuscher, Vizepräsidentin Grüne Schweiz, Nationalrätin
Es gilt das gesprochene Wort

Nach zwei verschlafenen Jahrzehnten braucht es nun grosse Sprünge

Alle fünf Atomkraftwerke in der Schweiz haben letzte Woche von der Atomaufsichtsbehörde Ensi die Note ungenügend erhalten. Bis zum 31. August sollen sie bei der Sicherheit nachbessern. Die Aufsichtsbehörde hat meines Erachtens hier die falschen Schlüsse gezogen. Insbesondere hat sie zwar gravierende Sicherheitsmängel in den Atomkraftwerken von Mühleberg sowie Beznau I + II beanstandet. So besteht zum Beispiel für Mühleberg keine Alternative zur Kühlwasserentnahme aus der Aare. In Mühleberg wie in Beznau ist die Brennelementkühlung zudem ungenügend vor Erdbeben und Überflutung geschützt. Und auch die Notfallmassnahmen zur Wiederherstellung der Kühlung nach Erdbeben oder Überflutung sind unvollständig. Das sind genau jene Punkte, die in Fukushima zu einer Atomkatastrophe geführt haben und welche bis heute noch andauert. Das Ensi setzt 600'000 Menschen in den umliegenden Regionen einem unglaublichen Risiko aus. Professor Walter Wildi, der vor einigen Jahren die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit leitete, hat in den vergangenen Tagen erklärt, dass in Deutschland nach einem solchen Resultat die Atomkraftwerke längst nicht mehr weiterbetrieben würden.

Wir können uns in der Schweiz keinen Atomunfall leisten, unabhängig davon, welche Position wir zur Atomkraftnutzung haben. Ich möchte ein kleines, aber nicht unwesentliches Detail erwähnen. Über die Ostertage hatte ich Gelegenheit, die Katastrophenregion in und um Tschernobyl in der Ukraine zu besuchen. Dort hat vor allem eine Zahl bei mir grossen Eindruck hinterlassen. Vom ersten Moment der Katastrophe bis Anfangs der neunziger Jahre brauchte es gegen 700'000 Liquidatoren – das sind die Aufräumer und Feuerwehrleute. Warum braucht es so viele? Weil sich die Aufräumer nur 15 Minuten in stark verstrahlten Umgebung aufhalten dürfen. Auf die Schweiz umgelegt würde das bedeuten, dass wir 100'000 Liquidatoren bräuchten im Falle eines Gaus. Woher würden wir diese 100'000 Menschen nehmen? Und wir müssten danach zweimal die Fläche des Kantons Aargau für Jahrzehnte oder Jahrhunderte sperren. Darum müssen wir sofort aus dieser gefährlichen Technologie aussteigen, weil keiner der Betreiber uns absolute Sicherheit garantieren kann. Das hat uns eben auch Japan gezeigt. Es geht also heute darum, rasch Ideen zur Umsetzung von mehr Stromeffizienz und Erzeugung von grünem Strom zu fördern und umzusetzen. Wir haben seit der Annahme der Moratoriumsinitiative 1990 geschlafen und Jahrzehnte verloren. Deshalb müssen wir nun heute grosse Sprünge machen.

Wir werden in der Debatte im Nationalrat am 8. Juni hoffentlich den AKW-Ausstieg und den Einstieg in das Zeitalter der drei E schaffen: Energiesparen, Energieeffizienz und

Erneuerbare Energien. Als erstes muss der Deckel weg bei der kostendeckenden Einspeisevergütung für grünen Strom. 9000 Gigawattstunden stecken zurzeit laut Bundesamt für Energie in der Warteschlange, weil das Geld zur Förderung fehlt.

Wir Grüne haben eine Initiative für eine grüne Wirtschaft lanciert. Die Schweiz lebt auf viel zu grossem Fuss und trägt überproportional zur Ressourcenverknappung bei. Das Ziel unserer Initiative ist einfach: die Wegwerfwirtschaft wird in eine umweltfreundliche und gerechte Kreislaufwirtschaft verwandelt. Diese verwendet Abfälle als neue Ressourcen, recycelt Rohstoffe und setzt die Energie effizient ein. Es braucht auch den Aufbau intelligenter Stromnetze, es braucht die Förderung energieautarker Regionen, es braucht dezentrale Stromversorgungen, es braucht Förderprogramm für den Ersatz von Elektroheizungen und der Errichtung von Sonnenkollektoren für die Warmwasseraufbereitung und es braucht auch eine Stärkung des Gebäudeprogramms. Die Energiewende in der Schweiz ist eine Chance für den Forschungs-, Werk- und -Arbeitsplatz und eröffnet der einheimischen Wirtschaft neue Perspektiven.

Wir wollen nicht weiter Zeit verlieren mit der Debatte, Energiepolitik mit oder ohne Atomstrom. Wir wollen nicht mehr über das „oder“ diskutieren, sondern über das „wie wir aussteigen“ und vor allem „wann wir aussteigen“. Dazu werden wir Grüne zusammen mit unseren Partner am 19. Mai unsere Volksinitiative „Für den geordneten Atomausstieg“ den Medien präsentieren.